



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Zum Währungskampfe

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Zum Währungskampfe



Der Vorteil des Bimetallismus ist allgemein, er übersteigt alle Berechnungen menschlicher Voraussicht. Landwirtschaft und Industrie, Handel und Handwerk gehen durch ihn einer neuen Zeit wirtschaftlichen Glücks entgegen, die Warenpreise heben sich, Arbeitslöhne und Gehalt steigen. Die Silberländer hören auf, uns mit billigen Waren überschwemmen zu können, und wir fangen an, dort einen lohnenden Absatz unsrer Erzeugnisse zu finden. Der allgemeine Vorteil umfaßt das Ausland nicht weniger als uns, auch ihm kommt die allgemeine Preissteigerung und die Hebung seiner Silberwerte zu gute. Niemand hat eigentlich ein Interesse, solchem Glück zu widerstehen, als der böse und wucherische Gläubiger, der schwelgend von dem Schweisse seines Schuldners lebt. Aber auch er hat nicht die Fische zu zahlen, er soll nicht Unrecht leiden, sondern nur gehindert werden, sich durch wirtschaftliches Unrecht zu bereichern, denn der Goldwert steigt fortwährend und diese Steigerung bringt es mit sich, daß die Gläubiger mit demselben Kapital einen höhern Wert zurückgezahlt erhalten, als sie gegeben haben, und das will der Bimetallismus verhindern. — So klingt der Sirenenfang der Bimetallisten, der überall verlockt und verführt, dessen bestrickende Macht aber nirgends fühlbarer erscheint als in deutschen Landen.

Die große Wichtigkeit der Währungsfrage für das wirtschaftliche Wohl unsers Volkes wird von niemand verkannt, wie denn in den Augen der Menschen die Bedeutung des Edelmetallgeldes eher über- als unterschätzt wird. Aber die große Menge der gebildeten Deutschen, die sonst in politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten die Führerrolle übernimmt, steht der Frage ohne Urteil gegenüber. Sie überläßt den Kampf bei einem so heikeln und trocknen Stoff denen, die sich berufsmäßig mit ihm befassen. Unter diesen

hören nüchtern denkende freilich mit Erstaunen von dem allgemeinen Segen des Bimetallismus; bringt es doch der wirtschaftliche Kampf im kleinen und großen, die sogenannte Konkurrenz und der Wettbewerb der Nationen unter einander mit sich, daß keine Vorteile errungen werden, die nicht andern Nachtheile brächten, setzt doch auch der Vorteil einer allgemeinen Preissteigerung Leute voraus, die die höhern Preise zu zahlen haben. Dennoch bleibt es Thatsache, daß unsre Parlamente alle wirklichen oder vermeintlichen Schäden durch den Bimetallismus heilen wollen, und wir von diesem Glück anscheinend nur durch die Einsichtslosigkeit Englands, das noch immer nicht reif genug ist, seine eignen Interessen zu verstehen, bewahrt bleiben. Das letzte Wort ist aber in England noch nicht gesprochen, und unsre Bimetallisten werden sicherlich nicht freiwillig von einem Kampfe ablassen, in den sie sich mit sportmäßiger Leidenschaft gestürzt haben, und dem sie so große Erfolge in der öffentlichen Meinung verdanken. Sie werden natürlich erst dann zum Schweigen gebracht werden, wenn sie für ihre Verheißungen keine Gläubigen mehr finden. Wir müssen aber offen bekennen, daß, wenn bei der Art des Widerstandes gegen die Bimetallisten, wie sie bisher beliebt gewesen ist, beharrt wird, von der Zukunft nichts zu hoffen ist. Eine selbsttrügerische Beschönigung nützt nichts; entweder steht die Wahrheit auf seiten der Bimetallisten, oder die Agitation der Gegner, die in dem Bimetallismus eine Erschütterung unsers Volkswohlstandes erblicken, taugt nichts. Wer die wirtschaftlichen Schäden, über die der Agrarier klagt, so unumwunden anerkennen muß und so wenig zu versprechen hat wie die Partei, die unsre bestehende Währung erhalten will, der muß eine sehr einleuchtende Sprache führen, wenn er nicht unterliegen soll. In parlamentarischen Staaten mit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht hängt die Entscheidung eher von den Elementarlehrern ab, als von den Spitzen der Bankwelt oder den Professoren. Vor der Verführung durch verlockende Verheißungen können keine angreifbaren Theorien schützen, auch wenn sie besser sind als die der Gegner, Theorien, die wirken sollen, müssen unbedingt und offenbar zutreffend sein, oder sie sind ganz zu vermeiden. Bei der Erörterung der praktischen Folgen der ungeheuern Hartgeldvermehrung, wie sie der Bimetallismus mit sich bringen würde, kommt es weiter darauf an, nur das Nächstliegende und Unvermeidliche in Betracht zu ziehen und sich aller Spekulationen zu enthalten, da sie doch nur einen sehr zweifelhaften Wert haben. Als die Eisenbahnen aufkamen, sollen auch die einsichtigsten Menschen der Überzeugung gewesen sein, das Eisen müsse im Preise steigen und das Pferd im Preise fallen. Die Verhältnisse haben sich ganz anders gestaltet, und es läßt sich wohl sagen, daß die menschliche Voraussicht den Spekulationen über verwickelte zukünftige Verhältnisse nicht gewachsen ist. Die Hineinziehung solcher Spekulationen giebt dem Gegner ein breites Angriffsfeld und die erwünschte Gelegenheit, im Trüben zu fischen.

1

In der außerordentlichen Plenarversammlung des deutschen Handelstags hat der Generalkonsul Russell über die Währungsfrage eine hervorragende Rede gehalten, die an Gediegenheit den Reden des Reichsbankpräsidenten Dr. Koch an die Seite gestellt zu werden verdient. Der theoretische Teil stützt sich aber auf einen Grundsatz, an dem die Goldwährungspartei sehr zu ihrem Nachteil festhalten zu müssen glaubt. Der Grundsatz lautet: „Der Staat kann nicht einem Gegenstande einen willkürlichen Wert beilegen, d. h. einen wirklichen Wert, eine Kaufkraft. Der Staat kann nicht einer Münze, einem unter seiner Autorität hergestellten Zahlungsmittel eine andre Kaufkraft beimessen, als sie auf Grund der allgemeinen Verhältnisse nach der Wertschätzung der Menschheit hat. Hierbei muß man natürlich solche Zahlungsmittel ausscheiden, deren Bedeutung nicht auf ihrem innern Werte, sondern auf dem Kredit des Staates, auf der Einlösungspflicht beruht.“ Dieser Grundsatz entspringt, wie wir sagen möchten, dem mathematischen Denken, aber nicht den tatsächlichen Verhältnissen, die stehen mit ihm im Widerspruch. Wir haben in unsrer eignen Währung noch 400 Millionen Silberthaler, denen der Staat eine willkürliche Kaufkraft, die sich auf das doppelte ihres Metallwerts beläuft, beimißt, und die der Verkehr willig zu der vom Staat bemessenen Höhe aufnimmt. Der Staat hat keine andre Pflicht, als die Thaler in der von ihm bemessenen Werthöhe dauernd anzuerkennen, sie einzulösen ist er nicht verpflichtet. Ebenso wenig besteht eine Einlösungspflicht für die in allen Staaten unterwertig geprägten Scheidemünzen. Auch die Staaten mit Papierwährung haben keine Einlösungsverpflichtung, und wenn sie eine solche hätten, würde sie meist bedeutungslos sein, da ein Staat, der einer solchen Verpflichtung nachzukommen imstande ist, nicht zur Papierwährung greifen wird. Die irrige Meinung, der auch Knies huldigt, daß das Geld als Tauschwertmesser den Wert, den es bemißt, auch selbst in sich tragen müsse, darf nicht aufrecht erhalten werden. Der Wert des Papier- und Hartgeldes steht durchweg, um einen festen Maßstab abzugeben, in einer ganz bestimmten Beziehung zu einer bestimmten Menge Edelmetall, diese Beziehung braucht aber weder durch Ausprägung, noch durch Einlösungspflicht gedeckt zu sein. Die in Deutschland umlaufenden Thaler, die zu ihrem doppelten Wert als vollgiltiges Zahlungsmittel gesetzlich und thatsächlich ohne Anstoß gebraucht werden, und für die eine Einlösungspflicht niemals vorgesehen ist, sind vielleicht das schlagendste praktische Beispiel dafür, daß der Mensch in gewissen Grenzen die Macht über das Geld hat, und der Wert des Geldes nicht unbeschränkt von seinem gegenständlichen Wertgehalt abhängt. Die Einlösungspflicht des Staates ist eine Erfindung jener mathematisch denkenden Köpfe und gelehrten Herrn, die auch Thatsachen nur dann anerkennen, wenn sie ihre Erklärung gefunden zu haben meinen.

Die Bimetallisten vertreten die entgegengesetzte Ansicht, daß der Mensch

die unbeschränkte Macht über das Geld habe. Sie sind nicht zweifelhaft darüber, daß überhaupt ein gesetzliches Wertverhältnis zwischen Silber und Gold aufrecht erhalten werden könne, und Dr. Arendt sagt es geradezu: „Wenn die Anschauung der Bimetallisten richtig ist, so muß eine vertragsmäßige Doppelwährung jedes Wertverhältnis, nicht nur ein bestimmtes, fixiren können.“ (Herr Reichsbankpräsident Koch und die Währungsfrage. Berlin, Hermann Walthers. S. 73.) Dies ist aber eine so unhaltbare, jedem Denken und jeder Erfahrung widersprechende Ansicht, daß man es erklärlich finden muß, wenn ihre Vertreter die Mängel des Beweises durch absprechenden Hochmut zu verdecken suchen. Wenn durch Übereinkunft der Staaten zwischen zwei Edelmetallen ganz willkürlich und unabhängig von der Schwierigkeit und der Seltenheit ihrer Gewinnung jedes beliebige Wertverhältnis festgesetzt werden könnte, dann müßte es auch möglich sein, durch eine solche Übereinkunft Geldwerte beliebig zu schaffen, und dann ist nicht abzusehen, weshalb man nicht lieber gleich vertragsmäßig zu einer internationalen Papierwährung, die mit der geringsten Mühe die größte Fülle des Geldsegens verbinden würde, übergeht. Mommsen sagt in seiner Vorrede zur Geschichte des römischen Münzwesens: „Geeigneter noch als edle Metalle und in der That der an sich beste Wertausdruck ist das Zeichengeld, das von Eigenwert möglichst frei ist und darum in seiner schließlichen, freilich noch bei weitem nicht erreichten Entwicklung den Wert anderer Gegenstände fast so vollkommen messen wird, wie die Uhr die Zeit und der Zollstock den Raum. Doch hat allerdings das reine Geldzeichen immer noch keinen absoluten, sondern nur einen teils durch die Lebhaftigkeit und die Formen des Verkehrs, teils durch die Gesamtmasse der gleichzeitig vorhandenen Zeichen bedingten und demgemäß auf- und abschwankenden Wert. Gesezt, daß alle Kulturvölker dahin gelangt wären, sich ausschließlich des gleichen, materiell wertlosen Geldzeichens zu bedienen, so würde dennoch dessen Wert in der lebhaften Verkehrszeit höher stehen, als in der Geschäftsstille, und fallen, wenn die Zeichenmasse stärker zunahme als das Umsatzbedürfnis, oder im umgekehrten Falle steigen. Ein absoluter Wertmesser also ist nicht herzustellen.“ Wenn hier Mommsen von einem Weltpapiergelde spricht, so meint er sicherlich nicht, daß ein solches Geld, das keinen Eigenwert hat und dennoch in dem Verhältnis, das es zu einem bestimmten Tauschwerte ausdrückt, Wertträger sein soll, frei und unbeschränkt hergestellt werden dürfe; sein übrigens sonst ganz trefflicher Gedanke scheitert eben daran, daß sich die Staaten über ihren Anteil an jenem Weltpapiergelde wohl niemals einigen werden. Die Bimetallisten machen sich nun die Sache viel leichter, auch sie wollen Geld, dessen Wert auf Übereinkunft beruht, sie lassen aber das freie Prägerrecht zu und wollen doch nicht anerkennen, daß das ein unlösbarer Widerspruch ist, daß jede Übereinkunft, um bindend zu sein, eine bestimmte Kontingentierung zur Voraussetzung haben müßte, und daß sich ein

bestimmtes und ganz willkürlich gegriffenes Wertverhältnis für unbestimmte Mengen verschiedner Edelmetalle nicht aufrecht erhalten ließe. Die Bimetallisten verlangen freie Silberprägung. So wie jetzt jeder gegen geringe Prägungsgebühr einen Barren Gold zu Geld ausmünzen lassen kann, so soll man fernerhin auch berechtigt sein, einen Barren Silber zu Geld münzen zu lassen. Solange wir Silberwährung hatten, wurden aus einem Pfund feinen Silbers 30 Thaler, also 90 Mark, nach unserm Werte geprägt. Da wir aber jetzt das Pfund Silber für 45 Mark Gold kaufen können, so ist klar, daß die Berechtigung der freien Silberprägung alles Gold zum Lande hinausdrängen müßte, und wir binnen kurzem nur noch dem Namen nach eine Doppelwährung haben würden, thatsächlich aber Gold im Verkehr nicht mehr umlaufen würde. Es ist nicht abzusehen, aus welchen Gründen eine internationale Übereinkunft diese Thatfachen, die von den Bimetallisten selbst beim Einzelstaat anerkannt werden, zu ändern vermöchte. Ebenso wie das Papiergeld bei unbeschränkter Ausgabe gleich den Assignaten wertlos werden müßte, so bliebe auch bei freier Prägung von Silbergeld der Wert dieses Geldes trotz aller entgegenstehenden Abmachungen auf seinen Eigenwert beschränkt, und wenn dieser Wert unter dem vereinbarten Goldwerte zurückbleibt, so erhielte das Gold entweder einen feinen Nominalwert übersteigenden Kurs, oder, wie gesagt, es verschwände aus dem Geldverkehr. Die Bimetallisten behaupten nun allerdings, die von ihnen geplante Übereinkunft werde nicht nur das Wertverhältnis zwischen Silbergeld und Goldgeld, sondern auch das der Edelmetalle selbst endgiltig festlegen. Nach ihrer Ansicht ist der Preissturz des Silbers lediglich eine Folge seiner Demonetisirung, nur Unkenntnis und Einsichtslosigkeit könnten der außerordentlich gesteigerten Silbergewinnung einen Einfluß auf diesen Preissturz einräumen. Der Preis der Edelmetalle hänge nicht von den Gewinnungskosten ab, sondern sei ein Seltenheitspreis, der sich lediglich nach der Nachfrage bestimme. Da aber die Nachfrage nach Geld unbeschränkt sei, so müsse auch die Nachfrage nach Silber, wenn es unbeschränkt als Geld verwertet werden könne, derartig unbegrenzt sein, daß die Gewinnungsvermehrung auf den Preis keinen Einfluß habe. Mit solchen Ansichten kann man in der That zu den unhaltbarsten Schlüssen kommen und schließlich auch die Meinung vertreten, es sei ganz gleichgiltig, in welchem Wertverhältnis Gold und Silber ausgeprägt würden; wenn man nur erst eine Übereinkunft habe, dann wüßten die Menschen, wonach sie sich zu richten hätten. Es heißt doch geradezu die Dinge auf den Kopf stellen, wenn man behauptet, der Wert von Gold und Silber beruhe nur darauf, daß diese Metalle als Geld verwendet werden. Im Gegenteil, diese Edelmetalle sind als Geld gebraucht worden, weil sie für den Menschen eine vorzügliche Tauschwertkraft besitzen.*) Es ist doch auch wunderbarlich, zu

*) Hinge der Tauschwert der Edelmetalle allein oder auch nur hauptsächlich davon ab, daß sie Verwendung als Geld finden, so müßten Gold und Silber, die doch allein von allen

glauben, der Seltenheitspreis eines Edelmetalls solle dadurch nicht geringer werden, daß es reichlicher gewonnen und dadurch eben weniger selten wird.

Um aber nicht den Anschein zu erwecken, als ob wir über das Ziel hinaus-schießen wollten, so geben wir unumwunden zu, daß die Demonetisierung des Silbers, wenn sie auch bei weitem nicht die einzige Ursache seines Preissturzes gewesen ist, dennoch hierzu beigetragen hat, und umgekehrt ein unbeschränkter Bedarf des Silbers zu Geldzwecken dessen Tauschwert heben mußte. Man braucht auch die verkehrte Ansicht, daß durch internationale Übereinkunft jedes Wertverhältnis zwischen Gold und Silber bestimmt werden könne, in keiner Weise anzuerkennen und kann doch zugeben, daß die Verwendbarkeit von Silber und Gold als Geld in einem bestimmten, der jeweiligen Wertschätzung entsprechenden Verhältnis für die Beständigkeit dieses Wertverhältnisses wirkt, sodaß mutmaßlich nur größere Veränderungen in den Gewinnungsbedingungen der Edelmetalle Schwankungen in dem vereinbarten Wertverhältnis zur Folge haben würden.

Die Bimetallisten hätten sich zu der ungeheuerlichen Ansicht, daß das Wertverhältnis zwischen Gold und Silber lediglich auf menschlicher Willkür beruhe, daß der Mensch in seiner Macht über das Geld ganz schrankenlos sei, wohl nie verstiegen, wenn nicht von der Gegenseite in dem Gelde nur objektiver Wert gesehen und jede Macht des Menschen über das Geld geleugnet worden wäre. Erkenntnistheoretisch stehen wir freilich vor einem erstaunlichen Problem, wenn wir der Wahrheit die Ehre geben und anerkennen, daß das Geld seine materielle Macht nicht ganz, aber zu einem bedeutenden Teil der Illusion verdankt. Es ist recht merkwürdig, daß ein Gegenstand, der die Herzen der Menschen so bewegt, wie das Geld, so wenig erkenntnistheoretische Beachtung gefunden hat, namentlich auch bei unsern Philosophen, die bis zu den entlegensten Gebieten vorzudringen bemüht gewesen sind. In kommenden Zeiten wird man es vielleicht kaum begreifen, daß in einer geistig so hoch stehenden Zeit, wie der unsrigen, hüben und drüben so handgreiflich verworrene Theorien über das Wesen des Geldes aufgestellt werden konnten. Man wird aber dann bewußt und unbewußt zu der Erkenntnis durchgedrungen sein, daß in den menschlichen Vorstellungen Illusion und Thatfachen keinen Gegensatz, sondern eine Einheit bilden und es das Gebrechen unsrer Geldtheorien war, daß die einen den illusorischen, die andern den tatsächlichen Inhalt des Geldbegriffs leugnen wollten.*)

Edelmetallen zu Geldzwecken gebraucht werden, im Verhältnis zu ihrer Gewichtsmenge ihrem Preise nach an der Spitze der Edelmetalle stehen, während doch tatsächlich sogar das Gold eine ziemlich tiefe Stufe, wenn wir nicht irren, die siebzehnte, einnimmt.

*) Der Verfasser ist in seiner Schrift: „Was ist Geld? Ein Beitrag zur Lösung der sozialen Frage“ (Leipzig, Fr. Wilh. Grunow) auf das erkenntnistheoretische Problem näher eingegangen, als es hier möglich ist.

2

Allgemein leicht verständlich und deshalb viel wichtiger als alle theoretischen Erörterungen sind die unmittelbaren praktischen Folgen des Bimetallismus. Die unmittelbaren Folgen sind unleugbar Geldentwertung und Hebung des Silberpreises. Damit ist das Lösungswort der Bimetallisten in allgemein verständliche Begriffe aufgelöst, und sie werden es selbst nicht leugnen können und wollen, daß einerseits die Freigebung des Silbers als Währungsmetall eine Vervielfachung des Geldes nach sich ziehen und dadurch dessen Kaufkraft herabdrücken muß, sodaß eine Preissteigerung und Geldentwertung eintritt, andererseits aber der Bedarf an Silber, wenn es zu einem sehr bedeutenden Teil wieder zu Münzzwecken verwandt wird, eine Steigerung seines Tauschwertes, also seines Preises, zur Folge haben muß. Diese beiden unmittelbaren Folgen, auf denen recht eigentlich das Geheimnis der bimetalistischen Weltbeglückung beruht, wirken einander entgegen, heben sich aber nicht auf.

Zur Rechtfertigung der Geldentwertung behaupten die Bimetallisten, das Gold sei zu knapp und infolgedessen seine Kaufkraft, sowie der Wert aller Geldforderungen zum Nachteil der Schuldner gestiegen, in weiterer Folge der Warenpreis zum Nachteil der Produzenten allgemein gefallen. Sie geben zu, daß die von ihnen angestrebte Preiserhöhung durch Geldentwertung eine Entwertung aller Löhne und Gehalte nach sich ziehen muß, und sind der Ansicht, daß diese Entwertung durch Erhöhung der Löhne und Gehalte ausgeglichen werden würde. Diese Rechtfertigung ist im großen Ganzen erstaunlich unwahr, und man kann denen, die sie aus Überzeugung vortragen, den Vorwurf eines engen Gesichtskreises nicht ersparen. Von einer Goldknappheit kann füglich bei uns nicht die Rede sein, da wir doch niemals in den Banken einen so großen Geldüberfluß gehabt haben als jetzt unter der Goldwährung. Wenn ferner die Goldwährung die Aufgabe der Wertbeständigkeit des Geldes nicht vollständig erfüllt hat, so ist doch der Wert keineswegs gestiegen, sondern zweifellos gefallen, wofür allein schon die beiden Thatfachen der Steigerung der Goldgewinnung und der Hebung der Arbeitslöhne bürgen. Wären die Warenpreise in der That allgemein gefallen, so müßte dafür eine andre Erklärung als die der Wertsteigerung des Goldes gesucht werden, wie namentlich die der billigeren und ausgiebigeren Erzeugung der Waren. So unzweifelhaft aber auch die meisten Luxuswaren und viele Bedarfsartikel billiger geworden sind, ebenso unleugbar haben sich die Kosten jedes auch noch so bescheidenen Haushalts in den letzten fünfzehn Jahren gesteigert, und das beweist deutlich, daß wenigstens für den Konsumenten eine durchgehende Preiserniedrigung nicht eingetreten ist. Wer vor fünfzehn Jahren ein Kapital ausgeliehen hat und heute zurückgezahlt bekommt, erhält mit derselben Summe keineswegs eine größere, sondern eine geringere Kapitalkraft zurück, denn die Kapitalkraft be-

stimmt sich nach den Erträgen, und der Zinsfuß ist gefallen. Noch vor wenigen Jahren waren nicht einmal Reichs- und Staatsanleihen bei einem Zinsfuß von 3 Prozent zum Parikurse zu begeben, heute zahlen Stadtgemeinden, Eisenbahnen und Hypothekenbanken keine höhern Zinsen, und ihre Schuldverschreibungen, die sie damals noch mit 4 Prozent verzinsen mußten, wandeln sie mit Erfolg in dreiprozentige um. Von einem landesüblichen Zinsfuß von 5 Prozent kann nicht mehr die Rede sein, es ist niedrig gegriffen, wenn man den Rückgang des Zinsfußes in den letzten fünfzehn Jahren auf ein Viertel des frühern Ertrags schätzt. Wie kann man bei einer solchen Sachlage behaupten wollen, der Gläubiger heute durch die Goldwährung den Schuldner aus, und der Staat müsse durch künstliche Geldentwertung rettend eingreifen? Der Trost, den die Bimetallisten den Beamten und Arbeitern spenden wollen, daß sich Gehalte und Löhne entsprechend der Geldentwertung erhöhen würden, hat etwas sehr gleichnerisches. Gerade sie sind es doch, die immerfort klagen, daß wir mit Ländern mit sinkender Valuta nicht zu konkurrieren vermöchten, weil dort trotz der Geldentwertung der Rubel Rubel bleibt, und sich deshalb die Erzeugungskosten der Waren, insbesondre die Arbeitslöhne nicht oder wenigstens nicht in dem Maße, wie es der Geldentwertung entspricht, heben. Der bimetallistische Scharfsinn ist eben ganz eigentümlich. Mit Ernst und nicht ohne Erfolg wird der Industrie immer wieder vorgehalten, daß sie bei Remonetisierung des Silbers eine besser bezahlte Ausfuhr nach den Silberländern haben würde, diese Länder aber aufhören müßten, die Preise unsers Marktes durch Zufuhr billigster Ware zu drücken, da sie bei teurerem Silbergelde die Waren nicht mehr so billig herstellen könnten.

Wenn sich aber wirklich, wie die Bimetallisten vorspiegeln, der Arbeitslohn nicht nach einer bestimmten Geldsumme, sondern nach einem bestimmten Geldwerte regelte, dann müßten bei steigendem Geldwert die Arbeitslöhne sinken und bei sinkendem Geldwert steigen. In den Silberländern würden also die Löhne fallen und bei uns steigen müssen. Das bedeutet nichts andres, als daß alles beim alten bleiben und die Silberländer nach wie vor billiger als wir produzieren würden. Bei Einführung des Bimetallismus träte dies denn wohl auch nicht unmittelbar, aber in naheliegender Zukunft ein, in der Zwischenzeit vollzöge sich ein ungerechter Gewinn auf Kosten der Arbeiter, Beamten, Pensionäre und Kapitalgläubiger. Diese künstliche, unter regelrechten Verhältnissen nicht aufrecht zu erhaltende Gewinnsteigerung würde vorübergehend eine unhaltbare Produktion veranlassen, und diese würde zu einem Wendepunkt führen, der unsern Wohlstand aufs tiefste erschüttern müßte. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß wir es bis zu drei Milliarden geprägten Goldgelbes gebracht haben und eine Verringerung der Kaufkraft dieses teuer erworbenen Besitzes unsern Volkswohlstand ganz unmittelbar beeinträchtigen würde. Es widerspricht auch dem gesunden Menschenverstande, sich von der Geldentwertung eine

Hebung des gesamten Volkswohlstands zu versprechen. Wäre es anders, so würde man nur aller paar Jahre zu dem bewährten Mittel der Währungsänderung mit Geldentwertung zu greifen haben, um ohne andre Mühe als die Befehrung der einfach und redlich denkenden Leute die Blüte von Handel und Gewerbe und die Mehrung des Nationalreichtums herbeizuführen.

Schließlich mag auch noch die Prophezeiung des Dr. Arendt erwähnt werden, daß in Zukunft die Goldgewinnung sehr abnehmen werde. Diese Prophezeiung ist wohl ebenso ungerechtfertigt, als die Behauptung der angeblichen gegenwärtigen Verteuerung des Geldes. Die mögliche zukünftige Verteuerung jezt schon in Rechnung zu ziehen, um dem Bimetallismus Eingang zu verschaffen, wäre aber jedenfalls ebenso verkehrt, als wenn ein gesunder Mensch eine Kur gegen eine Krankheit vornehmen wollte, die ihn in Zukunft möglicherweise einmal treffen könnte.

Der durch den Bimetallismus drohenden ungerechten und nachteiligen Geldentwertung würde die Hebung des Silberpreises einigermaßen entgegenwirken, und diese scheint selbst für die Monometallisten etwas verlockendes zu haben. Wir haben in Deutschland Silberminen, und wenn unsre Silbererzeugung wertvoller würde, so wäre das unzweifelhaft ein Vorteil, und es bleibt nur die Frage offen, ob nicht die wirtschaftlichen Nachteile eines konkurrierenden Silbergeldes größer sein müßten, als die durch die Hebung des Silberpreises erzielten Vorteile. Gold hat bei geringerem Gewicht einen viel höhern Wert als Silber und ist schon deshalb als Geld für den Welthandel unsrer Zeit, der mit bedeutend größern Werten als früher zu rechnen hat, geeigneter. Gold ist seltner als Silber und bietet deshalb eine größere Gewähr für eine annähernde Wertbeständigkeit als das Silber, und das ist für Handel und Wandel unentbehrlich. Der größte Vorteil aber, den Europa der immer mehr um sich greifenden Goldwährung verdankt, ist der, daß es dem an Hilfsquellen so reichen Amerika gegenüber seine wirtschaftliche Selbständigkeit erhalten kann. Unsre Silbergewinnung ist viel zu gering, um uns, wenn das Silber Währungsgeld würde und dadurch eine Zwangskraft erhielte, Amerika gegenüber konkurrenzfähig zu erhalten. Unser Anteil beträgt noch nicht den zehnten Teil der Gesamterzeugung. Im Jahre 1892 wurden bei uns 490 000 Kilo gewonnen, während die Vereinigten Staaten von Amerika allein 1 Million 800 000 Kilo und Mexiko 1 Million 400 000 Kilo erzeugten. Eine Gegenüberstellung dieser Zahlen muß uns davon überzeugen, daß wir mit der Hebung des Silberpreises durch den Bimetallismus recht eigentlich die Geschäfte Amerikas betreiben und diesen Zukunftslanden ermöglichen würden, uns vorzeitig auszukaufen. Die Bimetallisten leben in dem Wahne, wir wären gleichsam nur aus Laune zur Goldwährung übergegangen und würden heute ebenso wirtschaftlich entwickelt dastehen, wenn wir die Silberwährung behalten hätten. Wichtig ist aber nur, daß wir zur Zeit der Einführung der

Goldwährung noch gar nicht ermessen konnten, welchen Gefahren wir dadurch entgangen sind. Die außerordentlich gesteigerte Silbergewinnung hätte uns entweder wirtschaftlich vernichtet oder uns genötigt, später unter viel größern Opfern zur Goldwährung überzugehen. In den zehn Jahren von 1884 bis 1893 hatten wir eine durchschnittliche Jahreserzeugung von 384088 Kilo Silber. Der Wert dieser Silbergewinnung ist auf die Hälfte gesunken, die Preishhebung aber, die erreichbar wäre, würde durch den Zinsverlust, den wir bei der Entwertung unsers teuer erkauften Goldgeldes von 3 Milliarden alljährlich zu erleiden hätten, mehr als ausgeglichen werden. So bedauerlich es auch ist, den Ertrag unsrer Silberminen, also einen Teil unsrer eignen Produktion entwertet zu sehen, so wäre es doch eine verblendete Wirtschaftspolitik, wenn wir uns den Gefahren der freien Silberprägung selbst bei einem annehmbaren Wertverhältnis zum Golde freiwillig aussetzen wollten. Freilich regt sich auch in andern europäischen Ländern, die keine Silberminen haben, also an der Hebung des Silberpreises noch weniger interessiert sind als wir, die Agitation für den Bimetallismus. Es ist aber wohl kein unbegründeter Verdacht, daß dieser erkünstelten Begeisterung in dem einen und dem andern Lande schlaue Spekulationen zu Grunde liegen. Es ist jenen Ländern viel mehr darum zu thun, ihre großen Silbervorräte günstig abzustößen, als neue Silbermünzen aufzunehmen und auszuprägen. Uns aber schützt vor den Nachteilen des Bimetallismus vorläufig nicht unsre eigne Einsicht, sondern die Eifersucht Englands, das lieber große Verluste als die Abhängigkeit von den Silberkönigen Amerikas ertragen will. Hohe Zeit ist es aber, bei uns in den breiten Massen der ehrlich und einfach denkenden Menschen der Erkenntnis Eingang zu schaffen, daß der Bimetallismus zu jenen wirtschaftlichen Bestrebungen gehört, die auf Kosten der Allgemeinheit Sonderinteressen verfolgen. Wirtschaftliche Sonderinteressen widerstreiten einander und müssen einander widerstreiten, ohne Opferwilligkeit läßt sich kaum eine einzige wirtschaftliche Maßregel, keine einzige Steuer durchsetzen. Nach Verfassung und Recht soll deshalb jeder Abgeordnete und jeder Reichstagsbote ein Vertreter des gesamten Volks, nicht bloß ein Vertreter seiner Wähler mit ihren wirtschaftlichen Sonderinteressen sein. Diesem idealen Gedanken widerspricht der Rat, wirtschaftliche Parteien zu bilden, er bedeutet nichts andres, als die Verantwortung der Fürsorge für das Gesamtwohl an die unvereinbaren und einander widerstreitenden Sonderinteressen einzelner Bevölkerungsklassen. Das Volk aber muß wissen, daß die Beschlüsse solcher Parteien nicht einmal von dem guten Willen, das öffentliche Wohl zu fördern, erfüllt sind.

3

So manchem, der nicht unzugänglich für die Notlage unsrer Landwirtschaft ist, wird es als eine zu starke Zumutung erscheinen, von den Agrariern

zu fordern, daß sie im Kampfe ums Dasein mehr das Gemeinwohl als ihr Interesse im Auge haben sollen. Aber auch die Landwirtschaft ist nur ein Glied in der allgemeinen Kette, sie ist des Staates wegen da und darf nicht beanspruchen, daß der Staat so auftrete, als wenn er nur ihretwegen da sei. Was sie bedrückt, liegt in der Wirtschaftsordnung tief begründet, kann jedes Gewerbe ebenso treffen wie sie und hat wohl auch im Lauf der Zeiten jedes Gewerbe mehr oder weniger bedrängt. Wollen die Agrarier auf dem Boden unsrer Wirtschaftsordnung stehen bleiben, so müssen sie die Landwirtschaft den veränderten Verhältnissen anpassen; undurchführbar ist ihr Bestreben, die bestehende Wirtschaftsordnung, nur soweit sie ihren Besitz sichert, aufrecht zu erhalten, von der Ungunst des Wettbewerbs aber sich durch Staatshilfe freizumachen. So wie sich die Volkswirtschaft der Welt entwickelt hat, ist das wirtschaftliche Leben eines Volks und sein Reichthum, wenn wir von der hier nicht weiter in Betracht kommenden Größe seiner Forderungen an das Ausland ganz absehen, viel weniger von der Fülle seiner Produktion als von den Preisen, die dafür erzielt werden, abhängig. Die Gebrauchswerte werden nur als Mittel zum Zweck hergestellt, während die Arbeit der Kulturlwelt recht eigentlich die Bildung möglichst hoher Tauschwerte bezweckt. Soweit wir es übersehen können, gehen alle sozialdemokratischen Lehren, einschließlich der Theorien von Karl Marx, von der Betrachtung aus, daß unsre Wirtschaftsordnung mit ihrer Tauschwertbildung falsch sein müsse, da wir überall ein Übermaß von Gebrauchswerten haben, und wo es fehlt, es uns bei der unendlichen Ergiebigkeit von Kraft und Stoff leicht verschaffen könnten, eine solche Gebrauchswertbildung sich aber unter dem freien Wettbewerb nicht entwickeln könne, weil der Unternehmer, wenn er Gewinn erzielen und seine Arbeiter bezahlen wolle, nicht auf möglichst viele Gebrauchswerte, sondern auf möglichst hohe Tauschwerte bedacht sein müsse und die Fülle der Gebrauchswerte ihren Tauschwertpreis herunterdrückten. So könne es kommen, daß der Arbeiter gerade dann brotlos werde, wenn infolge von Überproduktion die Gebrauchswerte, die doch allein unmittelbar zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse dienen, in zu großer Fülle vorhanden sind und zu Schleuderpreisen veräußert werden müssen. Der Wunsch, diesen Mängeln abzuhelpfen, die Gebrauchswerte in Fülle und Fülle nach den Bedürfnissen der Menschheit herzustellen und sie allen zugänglich zu machen, ist wohl allgemein, aber mit dem Wunsche ist es nicht abgethan, und das Mittel der Sozialdemokraten, den Egoismus aus der Volkswirtschaft zu verbannen, sodaß es auf den Tauschwert nicht mehr ankommen kann, ist unzweifelhaft verfehlt. Ebenso wie die Sozialdemokraten, sehen auch die Agrarier in der Abhängigkeit von der Produktion unter freiem Wettbewerb ein unerträgliches Übel, aber noch verwerflicher als kommunistische Wirtschaft wäre es, wenn wir den Egoismus unsrer Wirtschaftsordnung so weit übertreiben wollten, daß der Staat einzelnen Ge-

werben einen bestimmten niedrigsten Preis für ihre Erzeugnisse sicherte. Es kommt hinzu, daß wir nun einmal zu einem Industriestaate herangewachsen und ohne diese Industrie unsre Bevölkerung zu ernähren außer stande sind, die Industrie aber, um konkurrenzfähig mit dem Auslande zu bleiben, billiges Brot für ihre Arbeiter nicht entbehren kann. Es mußte sich aber mit unserm wirtschaftlichen Aufschwung dem Großgrundbesitzer besonders fühlbar machen, daß wir mit einer Produktion, die von wirtschaftlich tiefer stehenden Ländern in gleicher Weise betrieben wird, wie von uns, nicht zu konkurrieren vermögen. Niedrige Arbeitslöhne und jungfräulicher billiger Boden gestatten eine Preisbildung, bei der sich unser mit fremden Kräften arbeitender und auf den Verkauf angewiesener Grundbesitzer nicht zu halten vermag. Der Erhaltung dieser Grundbesitzer darf man unsre wirtschaftliche Größe nicht zum Opfer bringen, unsre Landwirtschaft aber als Nährstand zu festigen, hat die Gesamtheit das lebhafteste Interesse, und hierzu ist wohl kein andres Mittel denkbar, als daß sie nicht durch künstliche Brotverteuerung, sondern durch die Natur ihres Betriebes mehr und mehr von den Preisen auf dem Weltmarkt unabhängig wird. Der Kleinbesitzer, der seine Erzeugnisse für sich und seine nächste Umgebung bedarf, ist von der Preisbildung unabhängig, er arbeitet auf möglichste große Gebrauchswerte und wird von dem Tauschwert seiner Erzeugnisse nicht oder nur wenig berührt. Es kommt nicht mehr darauf an, daß unser Großgrundbesitz durch seine überschüssigen Erträge die Städte ernährt, unsre Zukunft und unsre Gesundheit fordert aber, daß in den weitesten Kreisen unsrer Bevölkerung und namentlich auch unter unsern Fabrik- und Bergarbeitern der Sinn für Landwirtschaft erhalten und der Sinn für Gartenbau besser entwickelt werde. In unsrer Zeit muß uns an der Zwergwirtschaft mit dem industriellen Nebengewerbe viel mehr als an Fideikommissen gelegen sein.



Pädagogische Universitätsseminare



Es giebt auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens gewisse Ceterum censeo, d. h. Forderungen, deren Notwendigkeit sich überzeugend nachweisen läßt, und deren Verwirklichung gleichwohl immer wieder hinausgeschoben wird. Dazu gehört auf dem Gebiete des Schulwesens die Forderung, daß an unsern Universitäten pädagogische Seminare mit Übungsschulen errichtet werden sollten. Es liegt durchaus im öffentlichen Interesse, die zukünftigen Lehrer höherer Schulen in Bezug auf ihre erzieherischen Eigenschaften und besonders auf ihr Lehrgeschick ebenso